Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt

für den Amtsbezirk
des
evangelisch-lutherischen Konsistoriums
in Kiel.

Stück 5.

Kiel, den 27. März.

1919.

Inhalt: 28. Bittgottesdienst für unsere Kriegsgefangenen und Kirchenkollekte für das deutsche Hilfswerk 2c. — 29. Annahme von Schecks, die von öffentlichen Behörden, staatlichen Kassen oder Gemeindefassen ausgestellt sind, an Zahlungs Statt. — 30. Unterstützungen für öffentliche Notstandsarbeiten.

Nr. 28. Bittgottesdienst für unsere Kriegsgefangenen und Kirchenkollekte für „das deutsche Hilfswerk und den Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“.

Kiel, den 25. März 1919.

Während das Deutsche Reich den Waffenstillstandsbedingungen gemäß seine Kriegsgefangenen im Laufe der letzten Monate freigegeben hat, werden Hunderttausende von Deutschen, die in Feindeshand gefallen sind, ohne berechtigten Anlaß von den Alliierten festgehalten. Gerechte Empörung über diese schmachvolle Behandlung unserer Gefangenen geht durch immer weitere Kreise des deutschen Volkes.

Da ist es Aufgabe der Kirche, insbesondere der Geistlichen, auch ihrerseits mit allen Kräften für die Gefangenen und ihre endliche Befreiung einzutreten und dazu den Gemeinden die erschütternde Notlage der zum Teil schon seit Jahren von der Heimat ferngehaltenen Brüder ans Herz zu legen, sie zur Fürbitte und, soweit es dem einzelnen möglich ist, auch zu praktischer Mitarbeit, wie sie z. B. im „Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“ sich bietet, zu ermahnen.

Ausgegeben Kiel, den 29. März 1919.

Wir sprechen daher allen Geistlichen unserer Landeskirche gegenüber die eindringliche Bitte und Mahnung aus, im Gottesdienst und bei sonst sich bietenden Gelegenheiten die Glieder ihrer Gemeinde auf unsere Pflichten gegenüber unseren Gefangenen hinzuweisen und sie zur tätigen Mitfürsorge für dieselben aufzurufen, vor allem aber allsonntäglich im gottesdienstlichen Gebet mit der Gemeinde der Gefangenen fürbittend vor Gott zu gedenken.

Zugleich bestimmen wir mit Genehmigung des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und unter Zustimmung des Gesamtsynodalausschusses hiermit, daß am Sonntag Judika, den 6. April d. Js., in sämtlichen Kirchen unseres Aufsichtsbezirkes in allen an diesem Tage stattfindenden Gottesdiensten Bittgottesdienst für unsere Gefangenen veranstaltet und in Verbindung hiermit eine Kirchenkollekte zum Besten der Arbeit des „deutschen Hilfswerks und des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“ abgehalten wird. Die Förderung der Kollekte legen wir den Herren Geistlichen ganz besonders warm ans Herz.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

Nr. I. 629.

Müller.

Nr. 29. Betrifft Annahme von Schecks, die von öffentlichen Behörden, staatlichen Kassen oder Gemeindefassen ausgestellt sind, an Zahlungs Statt.

Finanzministerium.

Nr. I 13 989

II 806

III 550.

Berlin C. 2, den 20. Januar 1919.

Die von öffentlichen Behörden, staatlichen Kassen oder Gemeindefassen ausgestellten Schecks können von den staatlichen Kassen an Zahlungs Statt angenommen werden, ohne daß die Gutschrift bei der Reichsbank abgewartet wird, wenn die Behörden usw.

- a) an die staatliche Kasse, an die regelmäßig gezahlt wird, einen dahingehenden schriftlichen Antrag stellen und
- b) die Namen der zur Vollziehung der Schecks berechtigten Beamten der staatlichen Kasse mitteilen,
- c) die in Zahlung zu gebenden Schecks mit einem Abdruck des Diensttempels versehen und

- d) die Schecks durch einen ein für allemal bestimmten, persönlich der staatlichen Kasse vorgestellten Kassenboten einliefern lassen oder dem Einlieferer einen auf den Inhaber lautenden amtlichen Ausweis in folgender Fassung mitgeben:

„Der Inhaber ist ermächtigt, für die unterzeichnete Behörde (Kasse) Schecks bei der Kasse hier selbst einzuliefern.“

Im Auftrage
gez. Löhlein.

Kiel, den 21. März 1919.

Obige Vorschriften bringen wir unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 7. Juli 1918 — Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 48 — zur allgemeinen Kenntnis.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

Nr. I. 538.

Müller.

Nr. Unterstützungen für öffentliche Notstandsarbeiten.

Kiel, den 25. März 1919.

Das Reichsschatzamt und das Preussische Finanzministerium haben dem Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung im November v. Js. Mittel zur Verfügung gestellt, aus denen Zuschüsse zu öffentlichen Notstandsarbeiten an Gemeinden und andere Kommunalverbände gegeben werden können. Nachdem nunmehr die Finanzverwaltungen sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt haben, daß der Kreis der zuschufsberechtigten Personen, denen im Interesse der Förderung öffentlicher Notstandsarbeiten Überteuierungsbeihilfen aus Reichs- und Staatszuschüssen gewährt werden können, auch auf die Kirchengemeinden und Verbände derselben ausgedehnt wird, geben wir nachstehend die Bedingungen, unter denen die Beihilfen gewährt werden, bekannt:

1. Es sollen nur solche Unternehmungen gefördert werden, die an sich volkswirtschaftlich gerechtfertigt sind, deren Ausführung aber durch die gegenwärtigen Löhne und Materialpreise gehindert werden würde.

Bei der Auswahl der zu fördernden Unternehmungen ist darauf zu achten, daß die Aufwendungen für Material gegenüber dem Aufwande für Löhne stark in den Hintergrund treten (Erdarbeiten, Ent- und Bewässerungsanlagen, Holzsägen, innerer Ausbau von Rohbauten öffentlicher Gebäude u. a., jedoch nicht Reparaturbauten, es sei denn, daß es sich um Umbauten handelt).

2. Für die Unterstützung kommt nur die durch die Kriegsverhältnisse verursachte Überteuering in Betracht, so daß die gesamten Normalkosten des Unternehmens dem Unternehmer zur Last fallen.
3. Durch die Zuschüsse darf nur der Teil der Überteuering gedeckt werden, welcher durch die bis zum 15. Juli 1919 tatsächlich ausgeführten Arbeiten entsteht.

Der Demobilmachungskommissar kann im Einzelfall bei erheblicher Verzögerung der Arbeiten infolge Witterung oder Schwierigkeit bei Rohmaterialbeschaffung die Frist um einen weiteren Monat verlängern (15. August 1919).

In Preußen sind die Regierungspräsidenten zu Demobilmachungskommissaren ernannt.

4. Wenn der unter 5 näher bezeichnete vorläufige Feststellungsbescheid es bestimmt, können bis zu $\frac{5}{6}$ der Überteuering durch Zuschüsse gedeckt werden. Von diesen trägt das Reich drei, Preußen zwei Teile.

Zuschüsse werden jedoch nur gewährt, wenn die Kirchengemeinde, der Parochialverband usw. sich an der Aufbringung der Überteuering mit dem Rest von mindestens $\frac{1}{6}$ beteiligt.

Die Höhe der Überteueringzuschüsse wird sich nach der wirtschaftlichen Lage der Gemeinde usw. richten. Sonstige Staatszuschüsse werden angerechnet.

5. Der Demobilmachungskommissar erläßt einen vorläufigen Feststellungsbescheid:
 - a) über die voraussichtliche Höhe der Normalkosten des Unternehmens. Als Normalkosten werden die Kosten nach Preisen von Ende Juli 1914 plus 40 v. H. eingesetzt,
 - b) über die geschätzte Höhe der Gesamtüberteuering,
 - c) über die geschätzte Höhe der für die Zuschüsse nach Ziffer 3 in Betracht kommenden Überteueringsteile in der Voraussetzung eines anschlagsmäßigen Baufortschrittes,
 - d) über die Höhe des Anteils (höchstens $\frac{5}{6}$), mit der sich das Reich und Preußen an dem Überteueringsteil (c) zuschußweise beteiligen, unter zahlenmäßiger Angabe dieses Anteils für das Reich und für Preußen.
6. Bis zur Höhe der nach 5 d vorläufig festgestellten Zuschüsse können nach Maßgabe des Baufortschrittes auf Antrag der Kirchengemeinde, des Parochialverbandes usw. Vorschüsse zur Verfügung gestellt werden.

Der Antrag ist in doppelter Ausfertigung an uns zwecks Weitergabe an den Demobilmachungskommissar einzureichen.

7. Anträge auf Gewährung von Zuschüssen sind uns in doppelter Ausfertigung unter Beifügung der nötigen Unterlagen, wie Kostenanschlägen, Bauzeichnungen und den Beschlüssen der kirchlichen Gemeindeorgane, möglichst bald einzureichen.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

Müller.